

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2008/2171(INI)

3.12.2008

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China
(2008/2171(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Vural Öger

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. nimmt den Aufstieg Chinas zu einem globalen Akteur zur Kenntnis; unterstützt die positive Rolle, die China bei mehreren internationalen Bemühungen im Bereich der Friedenssicherung und bei den Sechs-Parteien-Gesprächen, die die Demokratische Volksrepublik Korea betreffen, spielt; ist der Meinung, dass ein größerer weltpolitischer Einfluss auch Hand in Hand mit einer größeren Verantwortung geht; ersucht China, seine „bedingungslose“ Hilfe an fragwürdige Regime, auch in Bezug auf Waffenlieferungen, zu überdenken; ist der Überzeugung, dass einige der schwierigsten Probleme der Welt, wie Klimawandel, Armut, Nahrungsmittelversorgung und Ernährungssicherheit, Katastrophenhilfe, Bekämpfung des Terrorismus und Verbreitung von Kernwaffen, nicht ohne China gelöst werden können und fordert China daher auf, ernsthaft Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, um den Klimawandel und die Armut zu bekämpfen und der Verbreitung von Kernwaffen ein Ende zu setzen;
2. stellt fest, dass sich die chinesische Gesellschaft in den letzten 30 Jahren stark verändert hat und dass sich ein dauerhafter Fortschritt nur langsam vollziehen kann; ist der Überzeugung, dass Demokratie eine wirkungsvolle Zivilgesellschaft erfordert, die ihrerseits durch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der EU gestärkt wird; vertritt daher die Auffassung, dass der „Wandel durch Handel“ ein Weg ist, einen Beitrag zum Wandel Chinas hin zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft, der allen Teilen der Gesellschaft zugute kommt, zu leisten; bedauert die Tatsache, dass mit der Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und China keine wesentlichen Fortschritte beim Menschenrechtsdialog einhergegangen sind und ist der Auffassung, dass weitere Reformen, insbesondere im Umwelt- und im Sozialbereich, erforderlich sind, um einen generellen und dauerhaften Fortschritt zu bewirken;
3. fordert China mit Nachdruck auf, seinen Verpflichtungen in der Welthandelsorganisation nachzukommen, insbesondere durch eine Regelung der noch ungelösten Probleme, wie Schutz der Rechte des geistigen Eigentums, Benachteiligung ausländischer Unternehmen und Behinderung des Marktzugangs in einer Reihe von Sektoren;
4. ist besorgt über den Mangel an Rechtsstaatlichkeit und an grundlegenden Menschenrechten wie Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit; ist zutiefst beunruhigt über die systematische Folter und die fehlende Unabhängigkeit der Justiz; fordert China auf, die Rechte der Minderheiten, wie die der Tibetaner und Uiguren, zu achten; fordert China auf, die Rechte der Frauen und der Kinder zu achten und Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisierungen abzuschaffen; fordert China auf, das Delikt der „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ abzuschaffen; ersucht China, uneingeschränkten Zugang zum Internet zu gewähren und das System „Goldener Schild“, das der Zensur des Internets dient, abzuschaffen; erkennt das wachsende Bewusstsein der chinesischen Bürger für die Menschenrechte; fordert die Umsetzung des Moratoriums über die Todesstrafe, wie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gefordert, und bedauert, dass die jüngsten Todesurteile vom Obersten

- Gerichtshof Chinas überprüft und bestätigt wurden; ist der Auffassung, dass in der Sache der Menschenrechte in China kein genereller Fortschritt zu verzeichnen ist und dass noch entscheidende Schritte auf dem Weg zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft, in der die Menschenrechte geachtet werden, erforderlich sind;
5. fordert China eindringlich auf, seiner Verpflichtung, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zu ratifizieren, nachzukommen;
 6. ist besorgt darüber, dass China einen Besuch seines Unterausschusses Menschenrechte in China wegen der bevorstehenden Verleihung des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments an Hu Jia abgesagt hat;
 7. bedauert die mangelnden Fortschritte, die bei den Verhandlungen zwischen der Volksrepublik China und den Gesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama erzielt wurden, und das derzeitige Scheitern dieser Verhandlungen; bekräftigt seine Forderungen nach Beendigung aller Arten von Repressionsmaßnahmen gegen das tibetanische Volk und nach Gewährleistung einer Autonomie, die es den Tibetanern ermöglicht, ihre politischen, kulturellen und religiösen Rechte voll und ganz wahrzunehmen, insbesondere durch Beendigung der Umsiedlung von Han-Chinesen nach Tibet und durch eine Reform der patriotischen Bildungspolitik;
 8. begrüßt die Annäherung zwischen China und Taiwan, wobei es China jedoch eindringlich auffordert, weiterhin einen verbindlichen und konstruktiven Dialog mit Taiwan zu führen und die aktive Beteiligung Taiwans in der Weltgesundheitsorganisation und an den ASEAN-Plus-Drei-Treffen zu gewährleisten; legt China nahe, allgemeine Wahlen in Hongkong zuzulassen;
 9. ist besorgt über das wachsende Rüstungsbudget Chinas; unterstützt die Beibehaltung des Rüstungsembargos gegen China; nimmt die sehr aktiven Bemühungen Chinas um die Sicherstellung seiner Energieversorgung und den Zugang zu natürlichen Ressourcen, z.B. in Afrika, zur Kenntnis und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Die EU, Afrika und China: Auf dem Weg zum trilateralen Dialog und zur trilateralen Zusammenarbeit“; ist der Auffassung, dass die EU eine ergebnisorientierte gemeinsame auswärtige Energiepolitik und einen wirksamen Dialog mit China in dieser Frage benötigt; begrüßt den Vorschlag der Kommission, einen trilateralen Dialog und eine trilaterale Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union, China und Afrika herzustellen, um Frieden und Sicherheit zu fördern und die Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika zu verwirklichen;
 10. vertritt die Ansicht, dass die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der EU und China zunimmt und dass aufgrund der Komplexität und Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und China eine stärkere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen diesen und der Kommission erforderlich ist; begrüßt daher das letzte Gipfeltreffen EU-China und den daraus resultierenden Mechanismus vom April 2008 für einen Handelsdialog auf hoher Ebene; erinnert China daran, seinen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen, z.B. im Bereich des Urheber- und des Arbeitsrechts, nachzukommen; erwartet einen wirksamen und ergebnisorientierten Dialog mit China über die globalen Herausforderungen; bedauert den Beschluss der chinesischen staatlichen Stellen, das 11. Gipfeltreffen EU-China zu verschieben; betont, dass langfristige

Handelsbeziehungen zwischen der EU und China gefördert werden sollten und hofft, dass das Gipfeltreffen EU-China in Anbetracht der Bedeutung der Beziehungen bald erneut anberaumt wird; fordert China auf, eine konstruktive Rolle bei der regionalen Zusammenarbeit zu spielen; befürwortet die strategische Partnerschaft zwischen der EU und China; begrüßt in diesem Zusammenhang die gegenwärtigen Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, wobei es allerdings die Auffassung vertritt, dass der Abschluss der Verhandlungen nicht losgelöst von der Menschenrechtsslage in China betrachtet werden sollte; fordert die Kommission mit Nachdruck auf, die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und China transparenter zu gestalten.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	1.12.2008
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 23 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Christopher Beazley, Angelika Beer, Bastiaan Belder, Monika Beňová, André Brie, Marco Cappato, Véronique De Keyser, Giorgos Dimitrakopoulos, Richard Howitt, Maria Eleni Koppa, Helmut Kuhne, Vytautas Landsbergis, Philippe Morillon, Annemie Neyts-Uyttebroeck, Raimon Obiols i Germà, Vural Öger, Ria Oomen-Ruijten, Ioan Mircea Pașcu, Flaviu Călin Rus, István Szent-Iványi, Charles Tannock
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Laima Liucija Andrikiienė, Tunne Kelam